

Der Kantonsrat überweist einen Vorstoss zu Kinderhorten

Weniger Bürokratie für Kitas gefordert

KANTON Wer eine Kita führt oder gründen will, muss eine Menge Unterlagen einreichen und hohe Standards erfüllen. Mit unnötigem bürokratischem Aufwand soll nun Schluss sein. Darüber war sich am vergangenen Montag ein Grossteil des Kantonsrats einig. Diskutiert wurde ein Postulat von FDP-Kantonsrat Nihat Tektas, das Kinderhorte von unverhältnismässigen behördlichen Hürden und Kontrollen befreien will. Gemeint sind Anforderungen an Betreuungsschlüssel, Gruppengrösse, Raumgrösse und an die Betreuungspersonen.

Erziehungsdirektor Patrick Strasser nahm das Postulat gerne entgegen – betonte allerdings, dass man die errungenen Qualitätsstandards nicht abbauen wolle. So sahen es auch einige Parlamentarierinnen: etwa EVP-Kantonsrätin Regula Salathé. Im Namen ihrer Fraktion hielt sie

gleichwohl fest, dass die Pflegekinderverordnung, die im Zentrum der Diskussion stand, pragmatischer gestaltet werden sollte. Etwa so, dass Kitaleitende auch in Ausnahmefällen, wie bei kurzfristigen Krankheitsausfällen, pragmatisch handeln können.

SP-Kantonsrätin Linda De Ventura sprach sich ebenfalls für das Postulat aus. Sie machte aber klar, dass Kitas trotzdem gut kontrolliert werden müssen. Denn hier lässt das Postulat Tektas aufmerken: Es hält fest, der Kanton habe dafür gesorgt, dass seine «Bestimmungen nicht zu toten Buchstaben verkommen». Das ist als Kritik formuliert: Die Aufsicht habe weitreichende Kompetenzen und würde von ihrem Recht tatkräftig Gebrauch machen, so Tektas. Das fand De Ventura stossend: «Was soll der Kanton denn tun? Es nicht so genau nehmen? Nicht so genau hinschauen? Das

ist eine Aufforderung, die Aufsicht nicht wahrzunehmen.» Im Kontext der Fälle Schulzahnklinik und des Pflegeheims Hand in Hand sei dies fragwürdig. Dort versagten schliesslich alle Kontrollmechanismen (die AZ recherchierte).

Die Linke war denn auch getrennter Meinung bei dem Vorstoss. Die Qualität müsse gesichert sein, der Betreuungsschlüssel dürfe sich nicht verschlechtern, so die Meinung. Schliesslich wurde das Postulat mit 39 zu 1 Stimme überwiesen, bei 11 Enthaltungen. **nl.**



unsplash/Gautam Arora

SBB krebzen zurück

ÜBERWACHUNG In der Ausgabe vom 23. Februar berichtete die AZ über die Pläne der SBB, ein neues Messsystem an Schweizer Bahnhöfen einzuführen. Das Messsystem hätte mittels Videoaufnahmen Informationen wie das Geschlecht, das Alter oder die Aufenthaltsdauer der Reisenden erfassen sollen. Als Erstes hätte das neue System am Bahnhof Schaffhausen eingeführt werden sollen.

Die Empörung über diese Pläne in Medien und Politik war gross – auch in Schaffhausen. Der Druck hat gewirkt. Die SBB verzichten nach einer «Nutzenabwägung» auf die Erfassung dieser sensiblen Daten. Die Bundesbahnen werden die Ausschreibung für das Projekt entsprechend anpassen. **fs.**

Kantonsrat will Holz fördern

BAUEN Regionales Holz als Baustoff soll gefördert werden und der Regierungsrat soll prüfen, wie das zu tun ist. Das will ein am Montag im Kantonsrat behandeltes Postulat von Melanie Flubacher (SP). Während sie die heute über 40 Prozent Waldfläche im Kanton und die Emissionsbilanz von Holz ins Feld führten, hielten die Gegner im Kantonsrat mit den abnehmenden Baumbeständen dagegen.

Letzten Endes entschied eine sehr knappe Mehrheit (26 zu 25 Stimmen), den Vorstoss an den Regierungsrat zu überweisen. Entscheidend war dabei die Abweicher-Stimme von Martin Schlatter, der sich als einziger SVP-Parlamentarier auf die Seite des Holz-Postulates schlug. **xkl.**

Assistenten statt Zivis

SCHULE Für bis zu 25 Schülerinnen ist eine Lehrperson heute «mehrheitlich alleine verantwortlich». Das ist stressig. Und das wiederum macht es schwierig, Lehrpersonen zu rekrutieren. So umreist die Stadt Schaffhausen die Situation an den Schulen in einer Medienmitteilung. Sie will den Teufelskreis mit Schulassistenten durchbrechen: Von 2023 bis 2026 soll deren Einsatz an städtischen Schulen in einem Pilotprojekt erprobt werden. Zumindest wenn es nach dem Stadtrat geht. Er hat am 7. März eine entsprechende Vorlage zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet.

Bisher wurden die Lehrpersonen mittels des Programms «Generationen im Klassenzimmer» und des Einsatzes von Zi-

vildienstleistenden unterstützt. Während diese Unterstützungsmöglichkeiten zwar «mittlerweile breit akzeptiert» seien, haben sie auch Nachteile, schreibt die Stadt Schaffhausen. Die Verbindlichkeit und die Kontinuität dieser «helfenden Hände» seien nicht in jedem Fall gegeben und der Organisationsaufwand relativ gross.

Die vorgeschlagenen Schulassistenten böten hingegen eine nachhaltigere Lösung, unter anderem deshalb, weil sie mit einem Vertrag angestellt werden könnten. Im Schnitt soll eine Schulassistentin fünf Lektionen pro Woche in einer Klasse verbringen. Für das Pilotprojekt sind 800 Stellenprozent mit Gesamtkosten von 1,7 Millionen Franken vorgesehen. **xkl.**